

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 59 (1980)
Heft: 1

Artikel: Politische Entwicklungshilfe bis Indochina
Autor: Keller, Franz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-347673>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politische Entwicklungshilfe bis Indochina



«Internationale Solidarität» ist ein seltenes Wort in eidgenössischen Festreden. Man röhmt zwar gerne, dass das Internationale Komitee vom Roten Kreuz aus Eidgenossen besteht, aber man lässt lieber bei Privaten sammeln, als dass man den Staat aufruft, in der Entwicklungshilfe mehr zu leisten als bisher. Der Souverän will es nicht anders. Auch von Wirtschaftswissenschaftern ist man nicht gewöhnt, dass das Elend der Dritten Welt sie erschüttert. Um so lieber las man am 27. Oktober in der «Basler Zeitung» einen Artikel unter dem schlichten Titel «Solidarität» von Emil Küng. Er geht von der freundeidgenössischen Solidarität aus,

die kraft des Gesetzes die «primäre Verteilung» umverteilt und den armen Regionen und Kantonen Steuergelder zukommen lässt, so dass heute bald jedes «Heimetli» in den Bergen durch eine geteerte Strasse erreichbar ist und die Bergmatten nicht verganden.

Aber zur Unterstützung armer Regionen in der Dritten Welt fehlen noch die Gesetze. Küng führt es auf die «soziologische Gesetzmässigkeit» zurück, die darin besteht, «dass der Helferwille um so ausgeprägter ist, je enger man sich zusammengehörig fühlt, und dass er desto mehr nachlässt, je weniger man die Not sieht . . .»

Wir sollten aber nicht vergessen, dass es in unserer Geschichte Zeiten gab, wo das Zusammengehörigkeitsgefühl der Eidgenossen auch nachgelassen hat, wo die grossen Kantone sogar in einen blutigen Streit mit den kleinen gerieten (Alter Zürichkrieg, Reformationskriege, Sonderbundskrieg). Erst als der Sonderbund 1847 zerschlagen war, konnte die neue Bundesverfassung beschlossen und ein Bundesstaat geschaffen werden, der kraft des Gesetzes, also politisch, Entwicklungshilfe an die armen Kantone leistet.

«So weit sind wir im internationalen Rahmen noch lange nicht», gibt Küng zu bedenken und fährt fort: «Zwar wurde eine ‚Entwicklungshilfesteuer‘ vorgeschlagen, eine Zwangsabgabe also, die von den wohlhabenderen Volkswirtschaften zu erheben und deren Ertrag den ärmeren zu überweisen wäre . . . Weil in der Uno die Entwicklungsänder zahlenmäßig dominieren, mag es zwar dazu kommen, dass auch eine entsprechende Resolution in der Generalversammlung gefasst wird. Die praktische

Bedeutung solcher Entschliessungen ist jedoch gering, fehlen doch jegliche Zwangsmittel . . . Da im Völkerrecht im Gegensatz zum Landesrecht das Einstimmigkeitsprinzip gilt, ist solange nicht eine fundamentale Änderung zu erwarten, als nicht eine Weltregierung und ein entsprechendes Parlament mit bindenden Beschlüssen existiert.»

Der Wirtschaftswissenschaftler macht sich keine Gedanken mehr darüber, wie ein Weltparlament zu schaffen wäre, das eine Weltregierung wählt. Der Weg dazu mag ihm zu weit erscheinen. Und noch peinlicher ist es für unsere Professoren, dass man sich beim Studium des Weges mit dem Marxismus-Leninismus auseinandersetzen müsste. Lenin hat bereits 1915 als stiller Bücherwurm in der Zürcher Zentralbibliothek eine «Losung für die Vereinigten Staaten von Europa» herausgegeben. Er rechnete vorerst mit der Revolution nur in einem Lande, dachte aber eher an ein Industrieland als an seine Heimat. Das siegreiche Proletariat müsste aber dann in andern Ländern die Revolution schüren und «notfalls» sogar intervenieren, so dass es nach dem Sieg des Proletariats in ganz Europa zu einem Bundesstaat käme, so gross wie die Vereinigten Staaten von Amerika. In einem solchen Europa-Staat hätte von Portugal bis Russland jeder «Kanton», der noch wenig entwickelt ist, das Recht auf Unterstützung durch die hoch entwickelten Industrie-Länder. Das wäre politische Entwicklungshilfe oder eine «Zwangsaabgabe», wie Küng sich ausdrückt.

Aber nun ist es der Ostblock, wo Lenins Sozialismus sich verwirklicht hat, es sind die sozialistischen Länder von Berlin bis Peking. Aber diese bilden noch keinen Bundesstaat. Zwischen China und der SU herrscht sogar bittere Feindseligkeit. Indessen gibt es Ansätze zur Überwindung der Währungs- und Zollschränken. Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) ist hilfreich bis Indochina. Aber gerade dort tobt noch ein «Sonderbundskrieg». Pol Pot und die Chinesen wollen sich nicht in die Staatengemeinschaft des RGW eingliedern, wie seinerzeit die Innerschweizer Kantone nicht mit den industriell fortgeschrittenen Kantonen des Mittellandes und des Juranordfusses zu einem Bundesstaat sich verbinden wollten, weil eigene Währung und Zölle für sie mehr Vor- als Nachteile hatten. Die Bauern der Innerschweiz konnten sich selbst versorgen und wollten keine Opfer bringen für die verarmten Weber und die Proletarier in den Industriekantonen. So will auch China unabhängig sein von der Grossen Sowjetunion und ihr nicht zu noch grösserer Stärke verhelfen. Aber Indochina ist dankbar für die Hilfe des RGW. Das gilt auch für den grössten Teil von Kambodscha, wie Olaf Ihlau am 27. Oktober in der BaZ aus Bangkok meldete. Er fragte zuerst: «Welcher völkerrechtliche Unterschied besteht eigentlich zwischen der Vertreibung Idi Amins und jener Pol Pots? Beide Regierungen fielen nach ausländischen Interventionen. Der Umsturz in Uganda war dem Westen politisch genehm, der Wechsel in Kambodscha wegen des prosowjetischen Hintergrundes dagegen nicht. Aber Ihlau fuhr fort: «Vielleicht denken die Kambodschaner

da anders. Wie einst Janos Kadar in Budapest, kann auch Heng Samrin in Phnom Penh sich vorerst nur mit den Panzern seiner Gönner behaupten. Aber auf Massenexekutionen im Stile Pol Pots scheint Hanois kambodschanische Klientel ihre Herrschaft nicht begründen zu müssen.»

Wir sehen: Auch im marxistischen Zeichen wird ein Bundesstaat in Europa und darüber hinaus bis Asien und Afrika nicht so schnell erbaut. Doch auch wir brauchten vom Untergang der Alten Eidgenossenschaft bis 1848 genau 50 Jahre dazu und sind so viel kleiner. Wie kann man da vom Marxismus-Leninismus, der vor gut 60 Jahren Staaten zu bilden begann, erwarten, dass er in dieser Zeit von Berlin bis Peking den Weg der Schweiz geht. Und noch weniger darf man ihm vorwerfen, dass er seinen Weg nicht ohne Gewalt geht. Denn auch wir mussten es erleben: zuerst den Einmarsch der Franzosen, dann gab es Stecklikrieg und Straussenhandel, Freischarenzüge und Sonderbundskrieg. Ganz ähnlich mussten die Osteuropäer zuerst den Einmarsch der Russen erdulden, dann den Übereifer der Stalinisten in Budapest, Warschau und Prag samt den Dissidentenverfolgungen, die an die Absetzung des Theologen Strauss in Zürich erinnern. Aber wie die Idee der Französischen Revolution dann in der Schweiz doch allmählich das Volk überzeugte, so hat auch die Idee der Russischen Revolution die Mehrzahl der Osteuropäer heute gewonnen! Wir sagen: die Idee, denn ihre Verwirklichung bringt immer noch Härten und Sturheiten, die vom breiten Volk abgelehnt werden, was man von der französischen Idee nicht mehr behaupten kann, da sie dem Bundesstaat in 132 Jahren zu einem solchen industriellen Aufschwung verhalf, dass die Schweiz heute das reichste Land der Welt ist. Aber in Osteuropa ist noch nicht einmal der Bundesstaat geschaffen, der Lenin für ganz Europa vorschwebte. Und Indochina muss sich immer noch vom Einfall der Franzosen und Amerikaner erholen.

Auch Breschnew sorgt heute dafür, dass Indochina sich erholt und die Ungerechtigkeiten aus der Zeit seiner Ausbeuter zu überwinden vermag. Wenn China genügend erstarkt, wird es seinen «Verfolgungswahn» verlieren und die Hand zur Zusammenarbeit mit der Sowjetunion ausstrecken. Auch die Sonderbundskantone haben mit zunehmender Industrialisierung immer weniger bedauert, dass sie zur neuen Schweiz gehören.